Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mai 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Hört endlich zu! – Frank Richters Appell, die Demokratie wieder mit ehrlichen Debatten zu beleben**
- **Antje Vollmer: "Wer sich für Mäßigung im Umgang mit Russland einsetzt, muss sich warm anziehen"**
- **Leipziger Bürgerinitiative 'Gute Nachbarschaft mit Russland': Es reicht!!!**
- **Marcel Joppa: Historiker warnt: "Weltkriegsgefahr steigt und deutsche Truppen zielen auf Russland"**
- **Wir Europäer sagen NEIN zu einem Krieg gegen Russland !**
- **Jens Bernert: Staatsterrorist USA**
- **Wiebke Diehl: Giftige Propaganda**
- **Mohssen Massarrat: Saudi-Arabien gegen den Iran**
- **Spiegel-Online: Nord- und Südkorea planen atomare Abrüstung**
- **Rainer Werning: Quo vadis, Korea?**
- **Tim Engartner: Bundeswehr GmbH**
- **Le Clip-Souvenir de la Manifestation de l'UPR du 1er Mai 2018 à Paris**
- **Magnus Rembold: Bürgerzufriedenheit?**
- **Giovanni Maio: Lieber tot als hilfsbedürftig? Ein Plädoyer für den Hospizgedanken ...**

Zitat des Monats von [Albert Einstein](#):

**Bloßes Lob des Friedens ist einfach,
aber wirkungslos.
Was wir brauchen, ist
aktive Teilnahme am Kampf gegen den Krieg
und alles was zum Krieg führt.**

Editorial

Ein Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist die anhaltende und friedensgefährdende **Propaganda gegen Russland**, gegen die es aber von verschiedenen Seiten deutliche Gegenreden gibt. Wir verlinken einige davon, damit diese vernünftigen Stimmen weitergetragen werden. Ein Bericht über Aufrüstung in unserem Land unterstreicht, wie notwendig die **Stimmen gegen die Kriegsgefahr** sind. Aber auch die Berichterstattung über den tatsächlich stattfindenden **Krieg in Syrien** braucht Gegengewichte: ein ausführlicher Beitrag stellt Falschmeldungen zu den Assad zugeschobenen Kriegsverbrechen richtig; ein weiterer informiert über die Geschichte der **Pentagon-Strategie**, die derzeit einen Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran anheizt.

Die augenblickliche diplomatische Annäherung zwischen **Nord- und Südkorea** wird in zwei Beiträgen beleuchtet. Ein Kenner der Region plädiert vor allem für einen Verzicht auf externe Einmischung in diesen Prozess.

Schließlich gibt es ohne besondere Schwerpunktbildung **weitere wichtige Einzelthemen**:

Besorgniserregend ist ein Bericht über schon seit langem andauernde Privatisierungsvorgänge in der Bundeswehr, die unter anderem zu einer Erosion der demokratischen Kontrolle des Militärs führen.

Ermutigend ist dagegen ein Video über die friedliche Demonstration von 3'500 Anhängern der EU-kritischen Partei UPR in Paris. Auch der Hinweis auf eine parteiunabhängige demokratische Initiative in Deutschland soll zeigen, dass es vielleicht mehr aktive demokratische Bürger bei uns gibt, als manch einer denkt. Abschließend verweisen wir auf ein schönes Plädoyer für das Leben, das Giovanni Maio im Rahmen der Debatte um den assistierten Suizid beim 'Bayrischen Hospiz- und Palliativverband' veröffentlicht hat.

[Inhalt](#) ↑

● **Hört endlich zu! – Frank Richters Appell, die Demokratie wieder mit ehrlichen Debatten zu beleben**

Das kleine Buch "[Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet.](#)" des Theologen Frank Richter ist Analyse und Appell zugleich. Richter analysiert in seinem Buch den Zustand unserer Republik und stellt dar, warum er die Demokratie in Deutschland in Gefahr sieht und weshalb Gespräch und Dialog ein Weg sein können, dieser Gefahr zu begegnen. Die heute erheblich gestörte Kommunikation auf vielen Ebenen, der Eindruck vieler Menschen, dass ihnen Politiker nicht zuhören und sie in Ämtern und Behörden von oben herab behandelt werden, erinnere viele Ostdeutsche an die DDR.

Richter empfiehlt der Politik wie den gesellschaftlichen Akteuren, sich den Problemen zu stellen, darüber auf offener Bühne zu diskutieren und zugleich "die Prinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens offensiv zu verteidigen".

Im [Interview](#) mit dem 'Focus' werden die wichtigsten Thesen des Buches aufgegriffen.

[Frank Richter](#), Jg. 1960, Theologe; war in der Friedlichen Revolution' in der DDR Gründer der 'Gruppe der 20' in Dresden; von 2009 bis Anfang 2017 Direktor der 'Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung'; seit 2017 Geschäftsführer der 'Stiftung Frauenkirche' in Dresden; [2017 Austritt aus der CDU](#) wegen dort fehlender Streit- und Diskussionskultur. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Antje Vollmer: **”Wer sich für Mäßigung im Umgang mit Russland einsetzt, muss sich warm anziehen“**

Antje Vollmer sieht uns in einer extrem zugespitzten Situation zwischen dem Westen und Russland. Es würden auf beiden Seiten Feindbilder aufgebaut, Gesprächsforen deaktiviert und aufgerüstet. Dazu sei es gekommen, weil aus dem Fall des Eisernen Vorhangs die falschen Schlüsse gezogen wurden, indem die Verdienste der Entspannungspolitik inkl. des erheblichen russischen Beitrags geleugnet wurden und sich der Westen als Sieger fühlte, der von weiteren Regime-Changes weltweit träumte. Warnungen von Prominenten vor der Kriegsgefahr würden belächelt und diskreditiert, eine [stabile Sicherheitsarchitektur leichtfertig abgetan](#) und die aggressiv gewandelte Außenpolitik fortgesetzt.

Die “Nachwende-Eliten“ haben nach Vollmer die Meinungsführerschaft in der Politik, in den Medien und fast allen Thinktanks übernommen. So finde auch kaum mehr eine öffentliche Diskussion statt. Das Verhalten dieser Eliten sei geprägt durch inneren Anpassungsdruck bei drohender Ausgrenzung verbunden mit einer extremen Feindbildprojektion, die keine Analyse und keine freie Meinungsbildung mehr zulasse. Das Bewusstsein, insbesondere mit Russland die Verständigung zu suchen, sei bei den heutigen Eliten nicht mehr ausgebildet. Das treffe auch auf Bundesaußenminister Heiko Maas zu.

Die Entspannungspolitik sei in der Bevölkerung aber stärker verankert als bei Politikern und Journalisten. Auch im Internet finde sich Widerstand gegen propagandistische und einseitige Berichterstattung. Aber es fehle die Kraft auf der Straße!

Antje Vollmer hat auch den Aufruf [”Dialog statt Eskalation“](#) mit unterzeichnet.

[Antje Vollmer](#), Jg. 1943, studierte ev. Theologie, Politikerin und Publizistin, (Mit)Initiantin verschiedener friedenspolitischer Initiativen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Leipziger Bürgerinitiative ‘Gute Nachbarschaft mit Russland’: **Es reicht!!!**

Die Leipziger Bürgerinitiative ‘Gute Nachbarschaft mit Russland’ erwartet in der durch den verschärften Konfrontationskurs des Westens verursachten “kritischen Situation von der Bundesregierung und von Bundesaußenminister Maas persönlich, dass sie [alle Schritte unterlassen, die zu einem weiteren Anwachsen der Spannungen führen](#). Die Regierung Russlands und das russische Volk sind mit dem gleichen Respekt zu behandeln, wie es das Völkerrecht gebietet. Schluss mit Verdachtsberichterstattung und Vorverurteilungen, die nur dazu führen, dass sich die Völker und Regierungen mit wachsendem Misstrauen und mit Ängsten gegenüberstehen.“

Die [Bürgerinitiative “Gute Nachbarschaft mit Russland“](#) arbeitet nach dem Prinzip einer Basisdemokratie. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, Fakten zu sammeln und eine Sammlung von Texten zu Sichten und Erfahrungen mit Russen zu publizieren. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Marcel Joppa: **Historiker warnt: “Weltkriegsgefahr steigt und deutsche Truppen zielen auf Russland“**

Für den Friedensforscher und Historiker Reiner Braun, der von Marcel Joppa interviewt wurde, ist die Kriegsgefahr in Europa und in verschiedensten Teilen der Erde bedrohlich angewachsen. In Europa sei die Bundeswehr mit einem aggressiven Aufrüstungskonzept [in eine unvorstellbare Militarisierung gegen den “Feind im Osten“ eingebettet](#).

Das Verteidigungsministerium sei dabei, eine bewaffnungsfähige Drohne anzuschaffen und damit eine Aufrüstungsspirale auszulösen. Diese Drohne bedeutet Krieg gegen Zivilisten, gegen Unbeteiligte und gegen internationales Völkerrecht von deutschem Boden aus.

Eine Erhöhung deutscher Rüstungsausgaben auf 2% des BIP bedeute, dass diese größer werden als die von Russland, was es bisher nur im Dritten Reich gegeben habe. Für die Deutschen bedeute diese Erhöhung auch, dass dadurch weniger Geld für Ausgaben bei den sozial Schwächsten, bei Umwelt, Bildung und Wissenschaft zur Verfügung stehe.

Wenn die neue Große Koalition – entgegen vorheriger SPD-Aussagen – doch keinen Abzug US-amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden anstrebt, sondern deren Ersetzung durch strategisch besser nutzbare Atomwaffen zulässt, werde das sicher russische Gegenreaktionen hervorrufen.

[Reiner Braun](#), Jg. 1952, Journalist, Historiker und Geschäftsführer/Vorstand der [IALANA](#); seit 1982 bei der Friedensbewegung; aus Protest gegen Hartz-IV aus SPD ausgetreten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Wir Europäer sagen NEIN zu einem Krieg gegen Russland !**

In ihrem öffentlichen Aufruf "[Wir Europäer sagen NEIN zu einem Krieg gegen Russland !](#)" wenden sich zahlreiche Erstunterzeichner, die nicht den Mainstream vertreten, gegen Krieg und Gewalt und verurteilen die fortgesetzte Kriegstreiberei, Aufrüstung und Militarisierung.

Die Redaktion von "Bürgerbrief für Frieden und Demokratie" unterstützt diesen Aufruf!. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Jens Bernert: Staatsterrorist USA**

Wie eine e-Mail von 2012 an die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton unbestritten belegt, [arbeiteten die USA in Syrien mit al-Qaida zusammen](#). Dies geschieht, obwohl diese Terrorgruppe von der US-Regierung für den Tod von fast 3'000 Menschen am 11.09.2001 in New York verantwortlich gemacht wird und obwohl diese die USA angeblich weiterhin bedroht. Neben den Dschihadisten um al-Qaida (in Syrien al-Nusra) und deren Verbündeten ist auch die Muslimbruderschaft in die Kooperation eingebunden.

Nach Prof. Michael Jabra Carley handelt es sich dabei "weitgehend um ausländische Söldner". Prof. Günter Meyer weist daraufhin, dass die USA den Regime-Change in Syrien seit 2006 planen und seitdem Medienkampagnen und Ausbildung von Dschihadisten finanzieren. Dass die Unterstützung nur den "moderaten Rebellen" gelten soll, ist eine Augenwischerei. Prof. Jörg Becker betont, dass "das ganze Terror-Problem vor allem durch westliches Morden und westliche Kriege entstanden ist. Ja, dass der Westen al-Qaida seit Jahren mit Waffen beliefert und hierdurch überhaupt erst großgemacht hat, um Assad zu stürzen."

Dass die US-Regierung mit Terroristen aus dem al-Qaida-Umfeld zusammenarbeitet und diese tausendfachen Mord verüben lässt, kann nur als "ein Skandal oberster Ordnung" bezeichnet werden.

[Jens Bernert](#), Jg. 1974, Geograph und Politikwissenschaftler, arbeitet seit zehn Jahren als Software-Entwickler; hat den Weblog "Blauer Bote Magazin" zu aktuellen politischen und zeitgeschichtlichen Themen eingerichtet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Wiebke Diehl: Giftige Propaganda**

Zahlreiche Male sollen während des Syrien-Kriegs chemische Waffen zum Einsatz gekommen sein. In den meisten Fällen wurden die Anschuldigungen weder einer unabhängigen Untersuchung unterzogen, noch wurde nachgewiesen, woher das Giftgas stammte und wer für seinen Einsatz verantwortlich zeichnete. Aber westliche Staats- und Regierungschefs und NGOs wiesen teils binnen Minuten die Schuld der Regierung Baschar Al-Assads zu – ohne Beweise. Dass z. B. das Mandat der UN-Experten zur Untersuchung des Giftgasangriffes in Ost-Ghuta im Jahr 2013 eine

Aussage über die Urheberschaft gar nicht zuließ, wird gerne verschwiegen. Gegenläufige Analysen und Indizien werden ignoriert, egal welche Reputation deren Autoren genießen.

Bilder und Videos zur Untermauerung der Anschuldigungen lieferte jahrelang die Ein-Mann-Organisation 'Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte' unter Bezug auf Informationen von bewaffneten Oppositionellen. Heute werden bevorzugt die 'Weißhelme' als Informationsquelle herangezogen, denen Fälschung und Zweckentfremdung von Bildern und Videos zuhauf nachgewiesen wurde; deren Hilfe kann begründet in Zweifel gezogen werden. Die 'Weißhelme', die von einem ehemaligen britischen Militär gegründet wurden und heute von westlichen Staaten wie z.B. Deutschland finanziert werden, liefern heute die unbelegten Beschuldigungen, [um militärische Interventionen in Syrien zu provozieren und zu "rechtfertigen"](#).

Als Russland 2013 eine UN-mandatierte Intervention per Veto im UN-Sicherheitsrat verhinderte, kamen die grausamen Bilder vom 21.08.2013 gerade recht, die angeblich von Eltern wiedererkannte getötete Kinder zeigten. Für westliche Politiker war für deren Tod allein das "syrische Regime" verantwortlich. Dass die Sarin-haltigen Raketen eine zu kurze Reichweite hatten, um von der syrischen Militärbasis in Damaskus abgefeuert zu sein, und dass die syrischen Islamisten über Sarin und andere chemische Kampfstoffe z.B. aus den USA verfügten und diese lt. UN-Ermittlerin Carla Del Ponte auch eingesetzt hatten und dass die syrische Regierung mehrfach über den Diebstahl von ihren damals noch nicht vernichteten chemischen Waffen sprach, wurde ignoriert. Wichtig war, dass die von dem damaligen Präsidenten Barack Obama gezogene rote Linie überschritten war.

Erst das diplomatische Meisterstück Moskaus, die syrische Regierung erklären zu lassen, ihre gesamten Bestände auszuhändigen, verhinderte die offene militärische Intervention der USA. Die syrischen Chemiewaffen wurden auf einem US-Schiff im Mittelmeer vernichtet. Im Oktober 2013 trat Syrien offiziell der Internationalen Chemiewaffenkonvention bei, und im August 2014 bescheinigte die "Gemeinsame Mission" von UNO und OPCW der Regierung Assad die Zerstörung der letzten Bestände.

Dass die Regierung Assad nach dem Sieg in Aleppo Chemiewaffen einsetzte, wie angeblich im April 2017 in Khan Scheichun geschehen, ist unwahrscheinlich. Dennoch erklärte US-Präsident Donald Trump Assad zum Schuldigen und befahl einen US-Militärangriff auf die syrische Luftwaffenbasis Schairat, von der der angebliche Angriff geflogen worden sein soll. Der im Juni 2017 vorgelegte Bericht von UN und OPCW stützte sich nicht auf eigene sondern durch al-Nusra genommene Proben ab und war damit nach russischer Auffassung nicht unabhängig.

Anfang April 2018 stand die syrische Armee kurz vor der kompletten Einnahme der Ghuta bei Damaskus. Da warfen die 'Weißhelme' der Regierung Assad am 07./08.04.2018 vor, Giftgas in Duma eingesetzt zu haben. Die zugehörigen Videos liefen auf allen TV-Kanälen, der Schuldige war wieder schnell ausgemacht. Dabei hatte die russische Regierung seit Wochen gewarnt, ihr lägen Informationen über eine geplante "False Flag Operation" der Islamisten in Ghuta vor. Die schon am 08.04.2018 von syrischer und russischer Seite geforderte Untersuchung durch die OPCW wurde aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs der USA, Frankreichs und Großbritanniens zunächst verhindert.

Russische ABC-Abwehrspezialisten haben einen Tag nach der vorgeblichen Attacke trotz intensiver Suche in Duma keinerlei Spuren chemischer Kampfstoffe gefunden sowie in den Krankenhäusern keinen einzigen Patienten angetroffen, der von Giftgas verletzt worden sei. Der Leiter des Krankenhauses, in dem die Aufnahmen der Opfer entstanden sind, äußerte gegenüber dem britischen Reporter Robert Fisk, dass die Betroffenen in den Tunneln und Kellern, in denen sie Schutz gesucht hatten, zwar an Atemnot, keinesfalls aber an einer Gasvergiftung gelitten haben.

Wiebke Diehl studierte Islamwissenschaften und ist [wissenschaftliche Mitarbeiterin](#) der linken Bundestagsabgeordneten Annette Groth; engagiert sich insbesondere für die [Menschen in Palästina](#); Redakteurin bei der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Mohssen Massarrat: Saudi-Arabien gegen den Iran**

Mohssen Massarrat gibt eine klare Übersicht über den [Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien](#) und die Rolle des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK). Er bettet seine Analyse in die Geschichte seit 1970 ein und berücksichtigt dabei den Sturz des Schah-Regimes, den Iran-Irak-Krieg und den Gegensatzes Iran-Israel. Über und hinter diesen "regionalen" Konflikten steht der MIK mit seinen Waffenverkäufen an Saudi-Arabien und die Pentagon-Strategie des "konstruktiven Chaos". Mohssen Massarrat ist der Meinung, dass der Krieg zwischen Iran und Saudi-Arabien noch zu verhindern ist, wenn die EU die vom iranischen Außenminister Sarif auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2018 entwickelte regionale Sicherheits-Architektur aufgreifen und unterstützen würde.

[Mohssen Massarrat](#), 1942 in Teheran geboren, seit 1961 in der BRD, Studium des Bergbaus, Studium von Wirtschafts- und Politikwissenschaften, Pro-Dekan an der Uni Osnabrück; im Rahmen seines breiten gesellschaftspolitischen Engagements Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac, kooperiert mit dem IPPNW und der Friedenskooperation (Bonn). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Spiegel-Online: Nord- und Südkorea planen atomare Abrüstung**

Nordkoreas Präsident Kim Jong Un hat seinen Willen zu einem kompletten Abbau seines Atomprogramms in einer gemeinsamen Erklärung mit Südkoreas Präsident Moon Jae bekräftigt. Süd- und Nordkorea bestätigten in der Erklärung, ihr gemeinsames Ziel sei die Schaffung einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel durch "die vollständige nukleare Abrüstung".

Beide Länder wollen vom 01.05.2018 an alle Feindseligkeiten, die Quelle militärischer Spannungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft seien, gegen die andere Seite einstellen. Dazu gehören auch die Lautsprecherdurchsagen an der Grenze und die Verbreitung von Flugblättern in der Demilitarisierten Zone, die "in Zukunft praktisch zu einer Friedenszone werden" soll. Beide Seiten geben an, regelmäßig militärische Gespräche über Entspannungsmaßnahmen führen zu wollen; diese sollen auf der Ebene der Verteidigungsminister und der Generäle geführt werden.

Beide Seiten einigten sich auch auf die Wiederaufnahme gemeinsamer humanitärer Projekte wie die Treffen von durch den Krieg auseinandergerissenen Familien. Kim erklärte: "[Nord- und Südkorea sind Brüder, die nicht getrennt voneinander leben sollten.](#)"

[Inhalt](#) ↑

- **Rainer Werning: Quo vadis, Korea?**

Die symbolträchtige Überschreitung der Demarkationslinie durch Nordkoreas Staatschef und seine freudige Begrüßung durch Südkoreas Staatschef Ende April 2018 nimmt Rainer Werning zum Anlass für einen kleinen [Rückblick in die koreanische Geschichte](#) und einen Ausblick auf die Möglichkeit einer friedlichen Zukunft.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Korea Opfer einer äußerst gewalttätigen Kolonialpolitik Japans, wofür Japan bis heute nicht angemessen zur Verantwortung gezogen worden ist, obwohl es zu den Verlierern des Zweiten Weltkriegs gehörte. Danach geriet die Halbinsel in die Weltaufteilungspläne der Großmächte und wurde mit massiver Beteiligung der USA in einen furchtbaren Krieg gestürzt, der Millionen Tote und zerstörte Städte vor allem im Norden forderte. Ein Friedensvertrag wurde – auf Betreiben des damaligen südkoreanischen Diktators – nicht unterzeichnet und fehlt bis heute.

Südkorea wurde – auch als Frontstaat gegen den Kommunismus - in das westliche Wirtschaftssystem aufgenommen und gefördert, während in Nordkorea nicht nur eine sich kommunistisch nennende Diktatur aufgebaut wurde, sondern vor allem in den 1990er Jahren mehrfach verheerende Dürre- und Flutkatastrophen stattfanden und für weitere Zerstörungen sorgten.

Inzwischen wächst der Wunsch vor allem auch bei der südkoreanischen Jugend nach mehr Kontakt und Verständigung mit den Nordkoreanern. Die aggressive globale US-Politik wird zunehmend kritisch gesehen. In diesem Zusammenhang sieht der Autor die derzeitige Annäherung der beiden Koreas. Er plädiert für einen weitgehenden Verzicht auf externe Einmischung – damit steigen die Chancen, dass ein geregelter friedlicher 'Modus vivendi' entstehen kann.

Wer sich gerne umfassender mit der Geschichte Koreas auseinandersetzen möchte, sei auf die entsprechenden Beiträge in unserer [Ausgabe vom September 2017](#) verwiesen. (Red.)

[Rainer Werning](#), [Jg. 1949](#), Autor mehrerer Bücher und zahlreicher Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze, Dozent im Rahmen der Landesanalyse und interkulturellen Kompetenz für die Philippinen und Korea bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Bad Honnef und Lehrbeauftragter am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn. Er ist Vorstandsmitglied der Deutsch-Philippinischen Freunde e.V.. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Tim Engartner: **Bundeswehr GmbH**

Mit der Teilprivatisierung einzelner Bereiche wie Logistik, Verwaltung und Betrieb soll die Bundeswehr laut Bundesregierung eine stärkere finanzielle und logistische Konzentration auf ihre militärischen Kernaufgaben und Effizienzgewinne erreichen. Seit Mitte der 1990er Jahre dominiert unverändert die Strategie, Betriebskosten und gebundenes Kapital zu senken.

Die politische Motivation für den Einsatz privater Militärfirmen speist sich aus der undifferenzierten positiven Einschätzung von Privatisierungen sowie dem Wunsch, die Flexibilität von Armeen zu erhöhen und deren Einsatzmöglichkeiten, z.B. internationale Missionen, zu erweitern. Mittlerweile sind [in Deutschland mehr als 2'500 Sicherheits- und Militärfirmen registriert](#).

Deren Einsatz hat aber Konsequenzen: Ihren Mitarbeitern ist es freigestellt zu kündigen, was mit zunehmender Gefährdung wahrscheinlicher wird. Hängen Nachschub oder Aufklärung in einem Konfliktgebiet von privaten Akteuren ab, die bei einer akuten Gefährdung ihre Positionen verlassen, stellt dies unzweifelhaft eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der Streitkräfte dar. Ferner sind die Privaten nicht notwendigerweise in die Kommandokette eingegliedert, was die Einsatzführung erschwert und Verzögerungen verursachen kann. Schließlich können die wirtschaftlichen Ziele der Firmen die Effizienz und den Erfolg der Streitkräfte behindern. D.h. dem Staat entgleitet das Gewaltmonopol und damit das Sicherstellen der "inneren und äußeren Sicherheit".

Real werden heute z.B. Soldaten unter Aufsicht eines Privatunternehmens auf Auslandseinsätze vorbereitet. Oder: Die zivilen Fahrzeuge der Bundeswehr werden von einer Gesellschaft in öffentlichen-privaten Partnerschaften bereitgestellt und gewartet; aber diese Gesellschaft stellt auch Fahrzeuge für Truppen im Auslandseinsatz bereit. Im Falle des Pilotprojektes "Truppenküchen München II" ließen ungeklärte personalrechtliche Zuständigkeiten die Privatisierung scheitern.

Nach Einschätzung des Militärexperten Herbert Wulf wird die demokratische Kontrolle militärischer Aktionen durch das Parlament bei Übertragung von Aufgaben an Privatfirmen geschwächt bzw. unterlaufen.

Immer dann, wenn Staaten sich in sicherheitspolitisch sensiblen Bereichen von Privatunternehmen abhängig machen, laufen sie Gefahr, die Entscheidungs-, Handlungs- und Deutungshoheit über einen Kriegsverlauf preiszugeben – zu Gunsten von Firmen, bei denen betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnungen und nicht politische Zielsetzungen vorrangig sind. Denn jede Privatisierung von Serviceaufgaben kann Konsequenzen für militärische Kernkompetenzen haben.

Ergänzend: Derzeit bestreitet die Bundeswehr 13 Auslandseinsätze. Von Afghanistan bis Westsahara sind dafür mehr als 3'700 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Nach Angaben der Bundeswehr sind seit 1992 in Auslandseinsätzen 108 Soldatinnen und Soldaten ums Leben

gekommen. Bis Ende 2015 sind für Auslandseinsätze etwa 19 Mrd. Euro an einsatzbedingten Zusatzausgaben angefallen. Eine interaktive Karte gibt einen Überblick über die [wichtigsten Fakten zu den aktuellen Auslandseinsätzen](#) und verweist auf zentrale Dokumente sowie weiterführende Inhalte.

[Tim Engartner, Jg. 1976](#), Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt politische Bildung, Autor von Büchern zur Privatisierung, Veröffentlichungen zur ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Bildung; wendet sich gegen Hass, Gewalt und Lobbyismus. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Le Clip-Souvenir de la Manifestation de l'UPR du 1er Mai 2018 à Paris**

Angesichts der Tatsache, dass keine Zeitung und kein Fernsehsender darüber berichtet hat, dass [am 1. Mai 3'500 Menschen in Paris für den Austritt Frankreichs aus der EU](#), der Nato und dem Euro demonstriert haben, muss dies als ein Zeichen für Zensur betrachtet werden. Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Abbau und Privatisierung der Öffentlichen Dienste und Unternehmen und den EU-Direktiven darf offensichtlich nicht thematisiert werden. Veranstalter dieser Demonstration war die UPR (Union Populaire Démocratique, Demokratische Volksunion), eine Partei, die 2007 gegründet wurde, deren Präsident Francois Asselineau Kandidat bei den letzten Präsidentschaftswahlen war und die den Austritt aus der EU, dem Euro und der Nato fordert.

Vielleicht sollten sich die Journalisten an die [Charta von München von 1971](#) erinnern, in der 10 Verpflichtungen zu ihrer Berufsehre aufgestellt wurden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Magnus Rembold: Bürgerzufriedenheit?**

Der Initiator der Initiative Bürgerkandidaten führt eine Umfrage durch, bei der jeder auf einem recht kurzen Fragebogen entsprechende Fragen beantworten und eigene Vorschläge einbringen kann. Die Fragen sollen Hinweise geben, mit welchem Thema oder welcher Themengruppe die Initiative sich in Zukunft intensiver beschäftigen sollte. [Der Link zur Umfrage](#) ist für jede Person nutzbar. [Erste Ergebnisse](#) der weiterlaufenden Umfrage wurden bereits ins Netz gestellt.

Bürgerkandidatinnen wollen direkte Mitwirkung in grundgesetzfreundlicher Weise in Deutschland etablieren. Dazu stellen sie jeweils eine gemeinsame, von den etablierten Parteien unabhängige [Bürgerkandidatin \(oder -kandidat\) in jedem der 299 deutschen Wahlkreise](#) auf. Die BürgerkandidatInnen sind unabhängig von Parteien und richten ihre politischen Entscheidungen alleine an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ihres Wahlkreises aus. Sie können dazu [freiwillige Selbstverpflichtungen](#) abgeben und auf diese Weise die Grundlagen ihrer Arbeit festlegen. [Sie informieren und erklären ihre parlamentarische Arbeit](#) und halten Wahlkreisabstimmungen ab, sowohl in persönlichen Informationsveranstaltungen, wie auch im Internet.

Wir finden diese Initiative interessant für alle, denen eine direktere und von den Parteien unabhängigere Demokratie am Herzen liegt, auch wenn naturgemäß nicht alle politischen Inhalte konsensfähig sein werden. (Red.)

Mehr zum politischen Selbstverständnis von [Marianne Grimmenstein und Magnus Rembold](#), die Initiative für parteiunabhängige Direktkandidaten gegründet haben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Giovanni Maio: **Lieber tot als hilfsbedürftig? Ein Plädoyer für den Hospizgedanken als Alternative zum assistierten Suizid**

Eine Gesellschaft, die den Suizid nicht mit Bestürzung auffasst, sondern ihn als eine nachvollziehbare Tat deklariert, läuft Gefahr, auch andere Menschen in den Tod zu schicken. Eine solche Gesellschaft ist für Giovanni Maio gefährlich. Hinter der breiten Zustimmung des assistierten Suizids verbirgt sich eine Tendenz zur Geringschätzung allen behinderten Lebens, eine Tendenz zur vermeintlich freiwilligen Abschaffung allen gebrechlichen Lebens.

Der Größenwahn einer modernen Gesellschaft, die nur Freiheit und Leistungsfähigkeit als einzige Werte gelten lässt, verkennt, dass der Mensch von Anfang an und durch seine ganze Existenz hindurch ein auf andere Menschen angewiesenes Wesen ist. Dadurch wird vielen kranken und gebrechlichen Menschen in unserer Gesellschaft die Zuversicht genommen, wirklich erwünscht zu sein und neue Perspektiven zu haben. Damit geht die eigentliche Aufgabe einer humanen Gesellschaft verloren.

Im Gegensatz dazu stehen der [Hospizdienst und die Palliativmedizin für ein Leben bis zuletzt](#) und für Trost für den kranken und sterbenden Menschen. Diesen Einrichtungen gilt die Zukunft, nicht der institutionalisierten Beihilfe zum Suizid.

[Giovanni Maio](#), Jg. 1964, ist Mediziner, Philosoph; seit 2005 Universitätsprofessor für Bioethik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. (Red.)

[Inhalt](#) ↑